

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannstadt 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.
Für die Redaction erscheinender Manuscripte macht die Redaction nicht verantwortlich.
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 9 Uhr.
In den Anzeigen für Inf. Anzeigen: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Ullrich, Katharinenstr. 18, p. nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kuflage 16,000.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl., incl. Pringetisch 5 Rthl., durch die Post bezogen 6 Rthl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 30 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf.
Inserate 5 gepf. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellen und Coq nach höherem Tarif.
Anzeigen unter dem Redactionszeichen die Spaltenzahl 40 Pf. Inserate sind nicht an d. Expedition zu senden. — Abdruck wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postnachschuß.

№ 73.

Dienstag den 17. Februar 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Denjenigen Grundstücksbesitzern beziehentlich Garteninhabern, welche ihre Bäume, Sträucher, Beeten u. dgl. nicht oder nicht genügend haben von Raupen säubern lassen, wird hierdurch unter Hinweis auf die Bestimmung in §. 308, 2 des Strafgesetzbuches bei Vermeidung von Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder entsprechender Haft aufgegeben, ungekaut Mundläusen bis Ende Februar dieses Jahres gehörig raupen, sowie die Raupenester vertilgen zu lassen.
Leipzig, den 10. Februar 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Richter.

Es sollen a. in einem Theile der Sternwarten- und der Thalstraße die vorhandenen alten Schuppen in Schuppen III. Classe umgebaut und b. in der Rürnberger Straße auf dem zwischen der Königs- und Lindenstraße gelegenen Tracie eine 28 m im Lichten weite Thonrohrhauptschleuse neu hergestellt werden und sind diese Arbeiten in Accord zu vergeben.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbauverwaltung, II. Etage des Rathhauses, Zimmer Nr. 18; aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Begüliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
zu a. „Schuppen in der Sternwarten- und Thalstraße“,
zu b. „Schleuse in der Rürnberger Straße“
versehen ebenfalls und zwar bis zum 21. Februar d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Dr. Bangemann.

Bekanntmachung.

Mit Oheim d. J. sind von uns für Söhne oder Töchter bisheriger Eltern zwei ganze, nach Befinden in vier halbe zu theilende Freistellen am Königl. Conservatorium der Musik allhier zu vergeben.
Die Vergabung erfolgt auf ein Jahr.
Bewerber sind unter Bescheinigung der Ortsangehörigkeit der Eltern der Gesuchsteller und soweit möglich unter Beifügung von Zeugnissen über Wohlverhalten und Befähigung bis zum 1. März c. schriftlich an das Directorium des Königl. Conservatoriums der Musik allhier zu richten.
Leipzig, den 14. Februar 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Richter.

Holzauction.

Wittwoch, den 18. Februar c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Grasdorf auf dem diebstahligen Mittelwaldschlage im sogen. Stadty ca. 114 Raughaufen, 85 Brauhaufen und 600 Weistübe an Ort und Stelle unter den im Termine öffentlich ausgehängenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Mißbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im Stadty am Segeth-Pöninger Communicationsweg.
Leipzig, am 7. Februar 1880.
Des Waths Forstdeputation.

Europa als Heerlager.

Es hat etwas Beängstigendes, man möchte sagen Tragisches an sich, zu schauen zu müssen, wie die Völker ihre besten Kräfte verzehren, um im Welt-eifer um die Abgrenzung ihrer Interessen jeder Lage gewachsen zu sein. „Steigerung der Wehrkraft“ ist das Loosungswort, welches der Geschichte der Gegenwart die Signatur giebt; Europa gleicht einem Heerlager und kaum ein Parlament ist in den letzten Jahren mit Verlagen unbedacht geblieben, welche nicht das Gepräge des „Militarismus“ an sich tragen. Freilich, unter dem Eindruck der Nothwendigkeit ist die Oxyerwilligkeit der Völker auf eine harte Probe gestellt worden, ja wir glauben nicht einmal, daß die Regierungen im gegenwärtigen Stadium die Grenze des Mäßigkeitwerthen bereits erreicht haben! Indessen die Wichtigkeit des Sages „si vis pacem para bellum“ ist denn doch unumstößlich. Um diese Dinge natürlich zu finden, wird es notwendig sein, die Einzelscheinungen zu einem Gesamtbilde zu vereinen und selbst die Mittelstaaten in ihrem Eifer, zu Schutz und Trutz bereit zu sein, mit in Betracht zu ziehen. Eine ganze Reihe von Anzeichen deutet darauf hin, wie der Schatten den Lauf der Sonne bezeichnet, welchen Gang die zukünftigen Ereignisse voraussichtlich nehmen werden. In erster Linie ist der Eifer bemerklich, mit dem in allen in Frage kommenden europäischen Ländern neue Befähigungsarbeiten vorgenommen werden. Es ist klar, daß Veränderungen der Grenzen eines Reiches naturgemäß auch neue justificatorische Anstalten herbeiführen müssen, daß feste Plätze und Hilfswerke unmittelbar nach einem die Landkarte umgestaltenden Kriege nach dem Gehebe der höchsten Zweckmäßigkeit als formidabler Hülfel zur Abwehr des Feindes hergerichtet werden müssen. Das wäre an sich nicht auffallend, allein die Festungsbauten, welche gegenwärtig stattfinden, gründen sich nicht auf die territorialen Ergebnisse des letzten, erst kürzlich beendigten Krieges, des orientalischen; sie weisen nicht auf eine nahe Vergangenheit, sondern auf eine nach gelaubte Zukunft, und glauben aus der Richtung der Fortificationsfront einen Schluß auf die Auffassung der betreffenden Staatsleitung über die Gruppierung der Gegnerschaften im nächsten Kriege. Daß Rußland seine Nordwestgrenze und Frankreich seine östliche Verteidigungslinie in kriegsfähigen Zustand setzen, kann Niemanden überraschen; allein die Aufmerksamkeit, mit der Oesterreich die italienischen Eingangspforten verbarrikadirt und die Bewachungsmannschaften derselben mit einem Male lebhaft verstärkt, daß Italien Forts am Gardasee gegen Sibirien errichtet und den Golf von Spezia in Verteidigungsbereitschaft setzt, beweist, daß man in Wien und in Rom sich bewußt ist, daß ausbrechende Conflicte die beiden Mächte in Gegnerschaft zu einander finden werden; ja, das Project der Befestigung von Rom nach Art der von Paris läßt schließen, daß Italien auf schwere Gefahren rechnet. Von näherem Interesse für uns sind die Discussionen, welche jüngst allgemein gepflogen worden sind über die mögliche Bedrohung der Neutralität Belgiens und der Schweiz in einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich, und nach ihnen die von der Schweizer Bundesregierung angebotenen Maßnahmen. Belgiens Neutralität heißt man durch das Interesse fremder Mächte, insbesondere Englands, für gesichert; allein die Schweizer Republik wurde als gefährdet erlangt und zu Sicherungsmaßregeln aufgefordert. Man machte geltend, daß Deutschland sein Interesse habe, im Angriffe gegen Frankreich die Neutralität der Schweiz zu verletzen, weil seine Heerstrafen nördlich derselben führen, und mehr noch, weil Frankreich an der Schweizer Grenze durch die Natur seiner dortigen Departements und durch starke künstliche Befestigungen gegen einen rasch erfolgreichen Einfall gesichert sei; hingegen erregen französische Bahn-

und Straßenbauten nach der Schweizer Grenze den ersten Verdacht, daß sie einen Vorstoß französischer Truppen durch die Schweiz gegen Deutschland zu dienen bestimmt seien. Und es ist wahr, daß der Mangel einer befähigten deutschen Verteidigungslinie gegen die Schweiz hin den Plan nahe legt, eine französische Armee über den Jura durch die Schweiz vorzuziehen und das offene Süddeutschland mit einer Invasion bedrohen zu lassen. In Folge dieser Lage ist der schweizerische Bundesrath denn auch schlüssig geworden, die Schweizer Westgrenze zu besichern. Zunächst sollen einige Sperrforts an den Haupt-Eingängen und -Straßen errichtet werden und nächstdem wird die Errichtung eines geschlossenen Festungsgürtels geplant, der 25 Sperrforts, 2-3 größere Waffensplätze mit Depots und eine Reihe von Brückenköpfen und Blockhäusern umfassen soll. Erhöhtlich ist aus diesen Ausführungen, welchen Respekt die in die republikanische Loge gehüllte große Nation vor dem internationalen Rechte, welche Achtung Frankreich vor einem durch die Großmächte vollzogenen Tractate hat; denn die Neutralität der Schweiz ist, wie Herr Gambetta wissen sollte, der Eigenschaft völlerrechtlich garantiert. Wie immer die Würfel fallen mögen, es handelt sich heute in Europa darum, den Störenfriede die Action zu erschweren, oder gar das Handwerk zu legen. Deutschlands Beruf ist, mit Rücksicht auf seine centrale Stellung, allen Begnern gewachsen zu sein, und, das Schwert an der Seite, gelegentlich zu Gunsten des Friedens ein deutliches Nachwort zu sprechen. Der Reichstag wird daher die vom Kaiser als oberstem Kriegsherrn vorgeschlagene Abänderung der Wehrverfassung des Reiches loyal zu bewilligen haben, so schwierig auch unsere Finanzlage ist und so sehr auch gerade von Denjenigen gegen die Vorlage gewöhnet wird, die — um mit Ulrich von Hutten zu reden — es lieben, ruhig hinter dem Ofen zu sitzen und guten Frieden zu haben.

Politische Uebersicht.

Ueber die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Oesterreich-Ungarn und zu Rußland wird uns aus Berlin wie folgt geschrieben: „Der deutsche Botschafter am Wiener Hofe, Prinz Reuß, wird augenblicklich im Besitz von Instruktionen seines Cabinets sein, welche die dort sich geltend machende Empfindlichkeit über das Schicksal der Thronrede in Sachen des deutsch-österreichischen Bündnisses zu zerstreuen bestimmt sind. Ob sich diese Empfindungen der leitenden Wiener Kreise auf einen diplomatischen Ideenaustausch mit unserem Vertreter oder auf die öffentliche Meinung in Oesterreich zurückführen lassen, welche in der deutschen Thronrede den Nachhall des von Kaiser Franz Josef betretenen innigen Einvernehmens mit Deutschland vermisst, ist bis zur Stunde nicht bekannt. Wohl aber wird geltend gemacht, daß Kaiser Wilhelm es für angemessen erachtet habe, die ohnehin schon allerorten Beziehungen zu Rußland nicht durch einen Passus der Thronrede über das Freundschaftsverhältnis zu Oesterreich noch mehr zu stören. Fürst Bismarck glaubte diesem persönlichen Wunsche des Monarchen umso mehr entsprechen zu dürfen, als sich ihm im Reichstage sowohl bei der Militärvorlage wie bei dem Etat der auswärtigen Angelegenheiten reichlich Gelegenheit bieten wird, auf die Wiener September-Besprechungen und deren praktischen Erfolg für die politische und handelspolitische Entente der beiden Reiche näher einzugehen. Der Reichstag wird sich schon deshalb veranlaßt sehen, das innige Verhältnis zu Oesterreich zu betonen, weil die russische Diplomatie am Berliner wie am Wiener Hofe es nicht an Versuchen fehlen läßt, die militärischen Vorbereitungen Rußlands so zu deuten, daß dieselben gegebenen Falls von Deutsch-

land so gut wie von Oesterreich verworther werden könnten. Es ist erklärlich, daß man die Ankunft des deutschen Militärbotschafters am Petersburger Hofe, General von Werder, mit Combinationen dieser Art in Verbindung setzt, obwohl dafür momentan nichts Greifbares vorliegt. Jedemfalls versichern Personen, welche mit den Stimmungen in der Wilhelmstraße vertraut sind, daß die aus russischen Quellen kommenden Gerüchte über die Bedenklichkeiten, die in Wiener leitenden Kreisen über die Festigkeit der deutsch-österreichischen Alliance herrschen sollen, durchaus unbegründet sind.“ Die Spaltung im konservativen Lager muß groß sein. Einzelne Gruppen derselben bemühen sich, in ihren Organen darzulegen, daß die Präsidendenwahl im Reichstage erneuten Anlaß gegeben, mit den Ultramontanen Fühlung zu gewinnen. „Wir können auf Grund guter Informationen versichern — schreibt man uns aus Berlin — daß in eigentlich gouvernementaler Sprache diese Taktik eines Theiles der konservativen Partei nicht gebilligt wird, namentlich im Hinblick auf die zu erwartende Haltung des Centrums gegenüber der Militärvorlage, den zweijährigen Budgetperioden und dem Socialistengesetze. Es wird ohne Rückhalt ausgesprochen, daß Fürst Bismarck nicht in der Lage sei, dem Centrum kirchenpolitische Compensationen zu gewähren. Deshalb hieße es, die Situation vollständig verfehlen, wenn jener Theil der orthodoxen Conservativen den Glauben erwecken wollte, daß die Reichsregierung sich der Rithälfte der Liberalen entschlagen könnte. Wenn dem in der That so ist, so muß es beklammert erscheinen, daß bis jetzt kein Versuch gemacht worden ist, um ein besseres Verhältnis zwischen dem leitenden Staatsmanne und den Führern der liberalen Parteien herzustellen. Man sage nicht, daß die Politik der Compromisse solche Verständigungen erst dann erfordere, wenn die Verhandlungen im Reichstage an dem Punkte angelangt sind, wo ein derartiges Einvernehmen nöthig wird. In früheren Zeiten haben die Liberalen die Intentionen des leitenden Staatsmannes gekannt, ehe sie feste Formen der Gesetzgebung angenommen hatten, und diese selbst nicht eber im Reichstage eingebracht worden, bevor den Liberalen fährer Gelegenheit geboten wurde, den Inhalt zu prüfen und nöthigenfalls ihren Rath zu ertheilen; das ist heute anders geworden. Fertige legislativische Thatsachen gelangen an die Volksvertretung und es wird als selbstverständlich betrachtet, daß die Liberalen im nationalen und staatsverhaltenden Interesse ihre Zustimmung geben. Aber die letzteren behaupten, daß da, wo ihres Rathes entbehrt würde, sie auch keine Verantwortlichkeit für die That zu tragen hätten. Wenn die Wehrheit, die das conservativ-liberale Präsidium wählte, sich wirklich zu fruchtbarer parlamentarischer Thätigkeit berufen fühlt, so könne es nicht Aufgabe der Liberalen sein, die Arbeit der Rechten zu thun; vielmehr sei es als eine günstige Wendung anzusehen, daß den Liberalen durch den Anfall der Präsidendenwahl die Freiheit ihrer Entschlüsse voll und ganz gewahrt bleibe.“ Der Etat des auswärtigen Amtes für das Jahr 1880/81 berücksichtigt zum ersten Male die eingreifenden Änderungen auf der Balkanhalbinsel. Das neu creirte General-Consulat in Sofia dürfte einseitig wohl nur der politischen Bedeutung entsprechen, welche Bulgarien schon jetzt hat und mehr noch gewinnen kann, denn unsere commerciellen Beziehungen zu jenem unfertigen Staatswesen sind vorderhand noch sehr bescheiden. Dagegen erscheint nicht bloß angemessen, sondern dringlich geboten, die endlich auf den Etat gesetzte Umwandlung des bisherigen Consulates in Konstantinopel in ein Generalconsulat. Abgesehen davon, daß das Consulat an Umfang und Bedeutung seines Wirkungsbereiches den Generalconsulaten in London und New-York nahesteht, andere in beiden Beziehungen noch

übertrifft, so lassen es die in der Türkei eingetretenen Änderungen zweifelhaft erscheinen, dem Consular-Amt in Konstantinopel einen Theil der übrigen Consulate im Orient zu unterstellen, um deren Thätigkeit zum Vortheil der gemeinsamen Interessen einheitlich zusammenzufassen und zu leiten. Das Deutsche Reich würde übrigens mit der Errichtung eines General-Consulats bei der Pforte nur der Anregung folgen, welche bereits die meisten Staaten Europas und eben so die Vereinigten Staaten von Nordamerika gegeben haben, indem sie die große Wichtigkeit jenes Postens durch gleiche Maßnahmen anerkannten. Das für den Generalconsul in Aussicht genommene Dienstlohn von 24,000 Mark dürfte den Uebernahmeverhältnissen in der türkischen Hauptstadt entsprechen. Ferner ist, wie bereits gemeldet, der bisherige deutsche Geschäftsträger in Belgrad zum Ministerresidenten ernannt, für Bukarest aber die Stelle eines Gesandten mit 36,000 Mark Gehalt geschaffen worden. Wir kommen auf die Controverse zwischen Staat und Kirche in Baden zurück. Wie telegraphisch gemeldet wurde, hat der Bischof von Speyer, nachdem der Papst darin geneigt hat, gestattet, daß die Geistlichen, welche seit 1863, beziehungsweise 1874 sich dem Prüfungsgesetze nicht unterworfen haben, um Dispens von der Staatsprüfung nachkommen. Unleugbar ist, daß die Curie in der Form nachgegeben hat; sie that einen Schritt, den sie bis jetzt schroff zurückgewiesen hatte; aber eben so unleugbar ist: 1) daß sie heute um Dispens anzusuchen gestattet von einem Gehege, das morgen aufgehoben wird, und 2) daß sie selbst das erst dann gethan, als man ihr dafür den Regierungskommissar erließ, welcher der Fachprüfung beizuhelfen sollte. Allem Ansehen nach ist augenblicklich die Schwierigkeit zwischen Großherzog, Curie und Regierung beseitigt; ob auch zwischen der Kammermehrheit und der Regierung, das müssen die nächsten Tage lehren.

Die Lage in Wien bietet nach verschiedenen Richtungen hin ein besonderes Interesse dar. Schon seit mehr als vier Wochen spinnt sich eine Ministerkrise fort. In periodischen Zwischenräumen, die immer kürzer werden, nimmt die Situation einen acuten Charakter an, um wieder zu verflumpen und das Cabinet in jenem Zustande der Action-Unfähigkeit zu erhalten, welche die hervorragende Eigenthümlichkeit dieser Coalition ist. Die Verhandlungen, welche Graf Tassilo mit mehreren Persönlichkeiten führt; die Zusagen, die er der Rechten gemacht hat und auf welche diese pocht; die Energie, mit welcher die verfassungstreuen Minister austraten, scheinen darauf hinzudeuten, daß eine Entscheidung der Krise, eine Klärung bevorsteht. Allerdings ist jedoch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Kreislauf der Dinge abermals von Neuem beginnt, zumal wenn es dem Minister-Präsidenten gelingen sollte, die Rechte dazu zu bewegen, vorläufig gegen die Leitung des Unterrichtsministeriums durch Herrn v. Stremaier keine Einwendung zu erheben. Aus den Delegationen meldet uns „N. Z. N.“: Wien, 15. Februar. In der Schlussungung der österreichischen Delegation theilte der Minister des Auswärtigen, Baron von Haymerle, mit, daß die von der Delegation gefassten Beschlüsse die Sanction des Kaisers erhalten haben, daß der Verammlung die Anerkennung und den Dank des Kaisers für ihr opferwilliges und patriotisches Wirken bezeugt und sprach derselben im Namen der gemeinsamen Regierung für das einmüthige Zusammenwirken den wärmsten Dank aus. Der Präsident der Delegation, v. Schnerling, hielt darauf eine Ansprache, in welcher er hervorhob, daß er in der bereits erfolgten kais. Sanction der Delegationsbeschlüsse einen sichtbaren Erfolg der glücklich gelösten Aufgabe der Delegation erblickt, welche bei ihrem patriotischen Streben von den Nothbedürfnissen des Reiches und durch die Rücksichtnahme auf die Finanzlage in gleichem Maße habe leisten lassen.